

Warum Unabhängigkeit von Westmaterialien?

In der zweiten außerordentlichen Mitgliederversammlung zum Umtausch der Parteidokumente in der APO 1 des VEB Maschinen- und Apparatebau Schkeuditz gab es eine Diskussion darüber, warum der Betrieb sich unabhängig von Material aus Westdeutschland machen muß. Im Entschließungsentwurf war die Verpflichtung enthalten, sich auf solche Materialien zu orientieren, die bei uns oder in anderen Ländern des sozialistischen Lagers hergestellt werden. Das wurde damit begründet, daß wir unsere Wirtschaft gegen Störversuche der westdeutschen Imperialisten sichern wollen.

Ein Genosse Konstrukteur stellte die Frage, ob und warum die Partei gegen westdeutsches Material sei. Auf der einen Seite wäre die Partei für einen Handel mit Westdeutschland, auf der anderen wende sie sich gegen westdeutsches Material.

In einer lebhaften Aussprache erarbeitete sich die Mitgliederversammlung ihren Standpunkt. Ein Genosse antwortete: Wir haben eine sozialistische Planwirtschaft, wir planen die gesamte Wirtschaft. Dabei können wir uns doch nicht auf solche unsicheren Faktoren wie den Handel mit Westlichen imperialistischen Ländern verlassen.

Sind wir deswegen gegen den Handel mit imperialistischen Ländern? Nein, wir sind auch nicht gegen westdeutsches Material. Wir müssen nur verhindern, daß imperialistische Kreise unsere Wirtschaft stören können, indem sie vertraglich vereinbarte Lieferungen einfach unterbinden. Die Abhängigkeit der Produktion mancher Betriebe von westdeutschen Lieferungen (Roh- und Hilfsmaterial, Ersatzteile usw.) und auf anderen Gebieten rührt zum Teil noch aus der Zeit her, als Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet war. Mit dem Handel zwischen beiden deutschen Staaten wurden bisher auf wirtschaftlichem Gebiet einige Folgen der Spaltung Deutschlands überbrückt. Diese Lage versuchen die herrschenden Kreise Westdeutschlands gegen uns auszunutzen.

Bekanntlich hat der Adenauer-Staat im Jahre 1960 mit verschiedenen Maßnahmen versucht, unsere Wirtschaft zu stören. Fällige Lieferungen wichtiger Mate-

rialien im Rahmen des Handelsabkommens wurden willkürlich zurückgehalten. Den Gipfel bildete die plötzliche Kündigung des Handelsabkommens durch die Bonner Regierung. Damit wollte sie uns politisch erpressen. Nachdem alle Bemühungen, die DDR von innen her aufzuweichen, ergebnislos waren, nachdem auch die Atomrüstung als politisches Druckmittel versagt hat und auch die Illusion geplatzt ist, die DDR vom sozialistischen Lager zu trennen, probieren sie es jetzt auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Vertreter der Bonner NATO-Politik haben noch nicht begriffen, daß es kein Mittel gibt, um die DDR erpressen zu können. Die jahrelange Wirtschaftsblockade der imperialistischen Staaten hinderte die Sowjetunion damals nicht am erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, und das Handelsembargo des kalten Krieges konnte nichts daran ändern, daß das sozialistische Weltssystem zum bestimmenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geworden ist. Da die Erpressung durch wirtschaftliche Maßnahmen zur Politik imperialistischer Staaten gehört und da die Bonner Regierung diese auch gegen die DDR versucht, ist es an der Zeit, wie Genosse Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees sagte, „die Planwirtschaft der DDR gegen die Störmaßnahmen zu sichern, und zwar ein für allemal zu sichern“.

In der Diskussion dieser APO des Maschinen- und Apparatebau Schkeuditz wurde nachgewiesen, daß es bei manchem einen ausgesprochenen Hang gibt, westliches Material zu verwenden, obwohl gleichwertiges anderes vorhanden ist. Zum Beispiel wurde bei einer Konstruktion eine bestimmte westdeutsche Blechsorte bevorzugt. Wenn sie aber nicht greifbar war, verwendete man eine andere Sorte, und sie erfüllte den gleichen Zweck. Ein Genosse forderte daher, die Vorstellung zu verbannen, es ginge nicht ohne westliches Material. Er schlug vor, die Auswahlreihen (das ist eine Aufstellung der zur Verfügung stehenden Materialsorten) zu überarbeiten und keine Orientierung auf westliches Material zuzulassen.

Die Verpflichtungen und Arbeitsergebnisse von Neuerern und sozialistischen